

Haushalt 2010 - Haushaltsrede Malte Riechey – DIE LINKE. im Stadtrat Lüneburg

Sperrfrist: Do.17.12.2009 17 Uhr – Es gilt das gesprochene Wort!

„Eine Stadt plant im großen Stil auf Pump“ würde als Überschrift über diesen vorliegenden Haushalt passen. Wie die ganze Republik, Länder und Kommunen hat auch uns die Wirtschaftskrise hart getroffen, womit allerdings zu Rechnen war. Auf der Einnahmeseite brechen nach Schätzungen der Verwaltung fast ein Drittel der Gewerbesteuer weg, über 11 Mio. €, weitere 2 Mio. € an Einkommenssteuer. Die Ausgaben sind seltsamerweise trotz Haushaltssperren nicht geringer als im Vorjahr und die Verwaltung plant eine Netto-neuverschuldung von 20 Mio. €, dabei liegen die Kassenkredite schon bei 165 Mio. €.

Passt irgendwie, zu der aktuell höchsten Nettoneuverschuldung des Bundes in der Geschichte der BRD, 85,8 Mrd. €!!! Da erscheinen 20 Mio. € ja ziemlich gering.

Doch anstatt sich Gedanken über Einnahmesteigerungen zu machen, oder etwas kürzer zu treten, wird kräftig investiert - Fast 27 Mio. €. Fassen wir zusammen: Unsere Einnahmen brechen weg, die Ausgaben bleiben konstant, was tun wir? Ohne Ende investieren.

Grundsätzlich sind wir ja für eine neokeynesianistische Wirtschaftspolitik – Eine Ur-Linke Idee – die wir gegen die neoliberale Bundespolitik der Vergangenheit immer wieder ins Felde geführt haben. Konservative und Liberale waren übrigens immer strickt dagegen! Grundsätzlich finden wir es richtig, in wirtschaftlich schlechten Zeiten durch öffentliche Investitionen die Wirtschaft wieder ankurbeln zu wollen, doch sie sind weit übers Ziel hinausgeschossen und haben bei all ihren Projekten die Relation vergessen.

Investitionen

Viel wird nicht in Bildung, sondern in Schulgebäude und Kitagebäude gesteckt, da lässt sich nichts gegen sagen, auch wenn davon noch kein Schüler eine Stunde mehr oder besseren Unterricht bzw. Betreuung hätte, doch da scheint - auch beim Land – kaum Bewegung in Sicht. Ich hab bei den Schülerprotesten niemanden gehört, der neue Gebäude gefordert hat.

Auch das Mammutprojekt zur Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes findet unsere volle Unterstützung, aber warum sie es gleich übertreiben und im gleichen Jahr noch mal 2 Mio. € in die Sanierungsgebiete stecken, gute Programme, die aber sicher nicht lebensnotwendig sind und auch ein Jahr geschoben werden könnten, oder mal wieder ne halbe Mio. € in die Ebert-Brücke, obwohl sie dann eh erstmal zwei Jahre brach liegt. Anstatt sie 2013 mit dem letzten Bauabschnitt in einem Rutsch zu sanieren. Es geht eben nicht immer alles gleichzeitig. Hier hätte die Grenze gezogen werden müssen, doch die Stadt plant trotz Krise unbeeindruckt weiter, auf großen Fuß und hat gleich mehrere Großprojekte, die noch zusätzlich finanziert werden wollen.

Fast 10 Mio. € für eine Museumsumgestaltung und 5 Mio. € für ein umstrittenes Audimax ohne seriöser Finanzierung und fragwürdigem Nutzungskonzept. Das sind Projekte, die die Stadt angesichts der Krise einfach mal auf Eis legen könnte. Davon wird zwar erst ein kleiner Teil im nächsten Jahr fällig, doch in den Folgejahren trifft uns die Belastung umso härter.

Genauso das umstrittene PPP Projekt auf dem Avacon Gelände. Eine Fremdfirma soll uns eine Millionenschwere Umgestaltung mit kompletten Schulneubau, neuer Musikschule und großer Drei-Feldsporthalle bauen. Das schont erstmal die eigene Kasse, aber dafür wird die Stadt jahrzehntelang eine immense Pacht zahlen, die deutlich über dem liegen muss, was sie im Eigenbau über die LüWoBau bezahlt hätte, denn die Fremdfirma will ja kräftig mitverdienen. Das Projekt sollte verschoben werden, bis die LüWoBau es aus eigener Kraft bauen kann, vielleicht nicht ganz so pompös, aber dafür mit nachhaltiger Finanzierung in kommunalem Eigentum. Die Verpflichtungsermächtigung von 700.000 € fürs nächste Jahr wollen wir streichen!

Soviel zu den Investitionen. Ich komme nun zum Haushaltssicherungskonzept:

Haushaltssicherungskonzept

Trotz all der Einsparbemühungen liegen die Ausgaben noch leicht über denen vom Vorjahr. Ihre 19 Maßnahmen im Haushaltssicherungskonzepts bringen für 2010 grade mal 2 Mio. €

Wir hatten uns sehr gefreut, dass sie gleich drei Maßnahmen der LINKEN aus den letzten Haushaltsberatungen im HSK umgesetzt haben, wenn auch zähneknirschend und auf Druck der Kommunalaufsicht:

Die Erhöhung der Gewerbsteuer, haben wir seit drei Jahren gefordert und sie haben sich kategorisch allen Argumenten hierzu verschlossen. Anscheinend hat es wenigstens die Kommunalaufsicht verstanden und fordert nun die Erhöhung, sogar um 30 Punkte und damit mehr als unsere 20 Punkte - was eine für Personengesellschaften absatzfähige Höhe war. Doch anstatt die Sache gleich anzugehen, schieben sie sie auf 2013, was sich in den nächsten drei Jahren zu einem Steuerverzicht von knapp 4 Mio. € summiert.

Der Anteil, der Gewerbesteuer, der bei einer Erhöhung bei der Gemeinde verbleibt, ist ja abhängig von der Höhe der Schlüsselzuweisungen und wurde hier stets kontrovers diskutiert. Sie hatten uns immer erzählt, es würden davon nur 12% netto bei der Gemeinde verbleiben und es würde sich alles nicht lohnen.

Der Steuerberater Prof.Dr.Penne schrieb hierzu in der Fachzeitschrift „Der Neue Kämmerer“, dass sich dies grob nach Intervallen des Verhältnisses von Gewerbesteueraufkommen zum Aufkommen aus Schlüsselzuweisungen aufteilen lässt. In unserem Fall wäre dies Intervall II bei dem 37% bei uns verbleiben würden und nicht 12%, wie sie sagen.

Aber wenn sie es selber planen, wie im HH-Sicherungskonzept, gelten sowieso ganz andere Regeln, da ergibt der Anstieg von 30 Punkten gleich 1,3 Mio. € netto, was deutlich über unseren kalkulierten 37% liegt und von 12% ganz weit weg ist.

Vor fast drei Monaten hatten wir Akteneinsicht in die Gewerbesteuerunterlagen gefordert, nach einer kleinen rechtlichen Auseinandersetzung kam es vor eineinhalb Monaten zu einem Gespräch mit der Stadtkämmerin und einen Kompromiss, wie die Verwaltung uns die Unterlagen zur Verfügung stellen wollte: Eine Zusammenfassung von Steuermessbeträgen nach Kategorien sowie die entsprechenden Einnahmen in den Zeiträumen. Es wurde zugesagt, dies rechtzeitig vor Abschluss der Haushaltsberatungen zu tun. Wir haben bis heute leider nichts bekommen. Das finde ich sehr bedauerlich!

Auch die Anhebung der Vergnügungssteuer haben sie von uns übernommen, zwar nur um 1% aber immerhin. Dazu eine Anhebung der Grundsteuer um 20 Punkte. Wir werden alle, die dem Konzept heute zustimmen, später daran erinnern.

Für den dritten Vorschlag von uns, hatten wir im letzten Jahr von allen Seiten noch heftigste Kritik geerntet: Der Beteiligung des städtischen Klinikums an seinen Kreditbewirtschaftungskosten.

Laut dem letzten Rechenschaftsbericht der Hansestadt Lüneburg hat die Stadt Zuweisungen in Höhe von 36,8 Mio. € an die Städtische Klinikum ausgewiesen. Wir hatten vorgeschlagen, sie mit der Hälfte der Zinslast (2%) an den Kreditbewirtschaftungskosten zu beteiligen. Dies ergäbe einen Deckungsbeitrag von 736.000 €

Zusammen mit dem Psychiatrischem Klinikum erwirtschaften diese laut Wirtschaftsplan für 2010 gemeinsam einen geplanten Überschuss von 1,2 Mio. und könnten dies auch leisten. Dies fließt in unseren Anträgen übrigens zu 100% in die Schuldentilgung.

Die meisten der Konsolidierungsmaßnahmen sind recht vernünftig, allerdings glaube ich, dass ihre Milchmädchenrechnung aus der Verpachtung der Straßenbeleuchtung nicht aufgeht, weil uns die eingesparten Energiekosten durch moderne Technik laut Vertrag nicht zu Gute kommen, aber dass habe ich Ihnen ja schon mehrfach - anscheinend erfolglos - versucht zu erklären. Ich komme zu unseren Vorschlägen:

Vorschläge DIE LINKE:

Wir haben Ihnen heute 40 Änderungsvorschläge vorgelegt, in denen wir 2,7 Mio. € im Ergebnishaushalt bewegen und Ihnen Vorschläge für eine sozialere Politik und mehr Bildung machen, die allesamt nicht nur seriös gegenfinanziert sind, sondern wir können auch noch die Neuverschuldung um eine satte Mio. € reduzieren.

Bildung:

In Schulgebäude und Kitagebäude wird ja viel investiert und es wurde immer stolz die Devise vertreten, an Bildung solle nicht gespart werden.

Letzten Monat (05.11.09) gab es einen einstimmigen Beschluss des Schulausschuss in dem es heißt: *Der Schulausschuss hat im Rahmen der Beratungen zum Haushaltsplanentwurf 2010 auch die vorläufige Haushaltssperre der Verwaltung von 30% im Haushaltsjahr 2009 diskutiert. Er bittet um rasche Überprüfung, inwieweit diese Sperre gelockert oder aufgehoben werden kann. Leistungen im Zusammenhang mit der Bildung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen sind auch nach Auffassung des Landes Pflichtaufgaben. Sie sollten als sinnvolle Investitionen in die Zukunft der Gesellschaft von Kürzungen ausgenommen werden. Dies hebt auch der vom Oberbürgermeister vorgelegte „Subventionsbericht 2009“ zu Recht hervor.*

Es geht hier um über 200.000 € für den laufenden Betrieb, die dringend benötigt werden und einfach verweigert werden sollen. OB Mädge will die Mittel nicht freigeben. Sie sind auch nicht in die Haushaltsplanung eingeflossen. Wir beantragen, diese Mittel nachträglich frei zu geben und können dies auch finanzieren.

Ein weiteres Beispiel, wo eben doch an Bildung gespart wird, ist die fusionierte Volkshochschule, die als Bildungsträger eine zentrale Rolle in Lüneburg einnimmt. Dort hieß es zunächst, der Konsolidierungsbeitrag sei bereits durch die Fusion erbracht worden und es solle nicht weiter gekürzt werden, jetzt werden doch zusätzliche 35.000 € gestrichen.

Wir beantragen, dass diese Kürzung zurückgenommen wird und wollen zusätzlich einen zweckgebundenen Zuschuss für sozialpolitisch erwünschte Bildungsaufgaben wie Schulabschlüsse und Alphabetisierungskurse in Höhe von 20.000 € bereitstellen.

Kultur

Im Kulturbereich wollen wir der ebenfalls starke Akzente setzen. In der Haushaltsdebatte im letzten Jahr haben die Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU noch kräftig versichert, sie ließen das Theater nicht im Regen stehen und zwar „ohne Wenn und Aber“. Die Tage wird bekannt, dass sich das Land aus der Verantwortung stiehlt und seinen Zuschuss von weiteren Spendengeldern abhängig macht. Gleichzeitig muss die berechnete Tarifierhöhung für die Mitarbeiter geschultert werden. Da wohl niemand eine Sparte schließen möchte, hätte ich von den anderen heute ein kleines Rettungspaket für unser Theater erwartet, doch da kam nichts! Wir wollen es hingegen mit zusätzlichen 300.000 € unterstützen, damit wir die Aufrechterhaltung des Spielbetriebes auch in Zukunft garantieren können.

Weiterhin wollen die freien Zuschüsse an kulturelle Einrichtungen um ca. ein Drittel also knapp 5.000 € erhöhen.

Soziales

Der Schwerpunkt unserer Anträge liegt in der Sozialpolitik. Wir haben dazu in den letzten Jahren gute Konzepte entwickelt, die aber Kosten verursachen und im Haushalt verankert werden müssen. Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit in Lüneburg und die gibt es nicht für umsonst. Wir zeigen sie Ihnen wieder auf, weil darin ein anderer Politikstil deutlich wird, gegen den Sie sich jedes mal wieder bewusst entscheiden. Die Bürgerinnen und Bürger werden dies in zwei Jahren bei den Kommunalwahlen beurteilen.

Unseren Klassiker, die Weihnachtsbeihilfe, kennen sie bereits. Die ist uns so wichtig, dass wir sie jedes Jahr wieder in die Debatte bringen. Die erforderlichen 700.000 € sind in unseren Anträgen jedes Mal gegenfinanziert. Damit würden alle Lüneburger Hartz-IV oder sonstige SGB Empfänger, Heim- und Asylbewerber 60 € erhalten, um sich ein kleines Weihnachtsfest zu leisten. Es würde zeigen, dass die Stadt auch in Zeiten knapper Kassen nicht an den Menschen spart, denen es am Schlechtesten geht. Außerdem wirkt sie als Konsumgutscheine für die Bedürftigen wie eine Konjunkturspritze, die unmittelbar den regionalen Einzelhandel ankurbelt und damit direkt die Wirtschaft stärkt.

Wir haben Ihnen wieder Vorschläge zur Einführung eines Sozialausweises vorgelegt, denn Geringverdiener und Empfänger von sozialen Leistungen können sich Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Besuche von Schwimmbädern und Museen nur noch selten leisten. *Sie werden damit von weiten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen. Die Stadt Lüneburg hat nach unserer Auffassung auch die Aufgabe, dem entgegen zu wirken und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.* Ein detailliertes Konzept hierzu liegt ihnen seit letztem Jahr vor. Zur Finanzierung der Zuschüsse und der Umsetzung wollen wir einen Betrag von 300.000 € in den Haushalt einstellen. Die Verwaltung sollte mit allen Einrichtungen Verhandlungen mit dem Ziel der Einführung eines Sozialausweises aufnehmen.

Auch eine Finanzierung für unseren Armuts- und Reichtumsbericht haben wir wieder aufgenommen, denn eine umfassende Sozialberichterstattung dient als wichtige Planungsgrundlage für politische Entscheidungen und wird vom Bund kommunal gefordert. Auch hierzu liegt Ihnen ein detailliertes Konzept vor, was für 50.000 € umsetzbar wäre und von uns gegenfinanziert ist.

Auch die Erstellung eines für Vermieter verbindlichen Mietspiegels, gehört wieder zu den von uns finanzierten Haushaltsposten. Es ist völlig unverständlich, warum sie vor den eklatant hohen Mieten im Lüneburger Stadtgebiet die Augen verschließen und behaupten, es gäbe keinen Handlungsbedarf. Auch die Studierendenvertretung hat es immer wieder gefordert und auch für die regelmäßige Frage, ob die Mietzuschüsse der ARGE bedarfsgerecht sind, wäre es eine große Hilfe. Wir hatten Ihnen hierzu ein kostengünstiges Konzept vorgelegt, was sie abgelehnt haben.

Weiterhin wollen wir die bereitgestellten Mittel für den bewilligten Mittagstisch für Bedürftige von 15.000 € verdoppeln. Anfang nächsten Jahres soll es da ja konkrete Umsetzungen geben und die Anschubfinanzierung reicht für ein umfassendes Konzept sicher nicht aus.

Wir wollen die mobile Jugendarbeit mit zusätzlichen 12.500 € stärken, und gut 14.000 € mehr für Sozialprojekte der freien Träger der Wohlfahrt ausgeben, da wir dort bei der Verteilung jedes Jahr um 100 € Beiträge ringen müssen und immer nur einen kleinen Teil der Anträge fördern können.

Da sie immer noch fünfmal so viel Geld für die Überwachung von Leistungsmissbrauch durch Sozialleistungsempfänger ausgeben, als zur Korruptionsbekämpfung, wollen wir die Etats einander annähern. Es geht uns bei dieser Umverteilung eindeutig nicht um konkrete Verdächtigungen, sondern um statistische Wahrscheinlichkeiten.

Daher halten wir die Anpassung für sinnvoll. Die Missbrauchsquote liegt laut BA bei 0,6%, demnach müssen 99,4% der Hilfsbedürftigen zu Unrecht die repressiven Maßnahmen erdulden.

Der volkswirtschaftliche Schaden von Korruption liegt zwölfmal höher als die bundesweiten Gesamtkosten von Hartz IV und beträgt nach Schätzungen das 20.000 fache der Schäden durch Sozialleistungsmissbrauch.

Weitere Einsparungen

Doch über die Hälfte der Vorschläge sind konkrete Einsparvorschläge, z.B. ist nicht einzusehen, warum einem Geflügelzuchtverein kostenlos Mieträumlichkeiten überlassen werden, warum wir trotz Krise erhebliche Zuschüsse an Bauherren für Fenstersanierungen zahlen (die könnten wir zumindest halbieren), warum wir die Industriebahn subventionieren oder warum gleich vier Wirtschafts- und Tourismusfördergesellschaften auf einmal gefördert werden sollen.

Die weiteren Vorschläge finden Sie in der Liste. Die sollten wir diesmal vielleicht gleich der Kommunalaufsicht übermitteln, dann setzen sie im nächsten Jahr vielleicht noch etwas davon um.

Schlusswort

Wir kommen zum gleichen **Schluss** wie im letzten Jahr:

Wer sich aber allen Stellschrauben zur Einnahmeerhöhung verweigert, darf sich nicht beschweren, wenn er hinterher kein Geld in der Kasse hat. Wir haben Ihnen Ideen zur Haushaltskonsolidierung durch Erhöhung der städtischen Einnahmen gegeben, Einsparmöglichkeiten im Haushalt aufgezeigt und alles gegenfinanziert. Wenn Sie sich dem trotzdem verweigern, dann nicht weil Sie kein Geld haben, sondern weil Ihnen unsere sozialpolitischen Konzepte politisch nicht wichtig genug sind. Es wäre aber falsch, bei mehr als 190 Mio. € laufenden Ausgaben mit Haushaltssachzwängen zu argumentieren, denn es gibt immer eine Wahl.

Wir werden dieser Form des Haushaltes nicht zustimmen!